Sozialdemokratischer Pressedienst

Herausgeber und Chefredakteur:
Erich Nitzringhaus, Berlin.
Fernsprecher: Amt Dönhoff 4196/4196

Anschrift für Verlag und Schriftleitung:
Berlin SW 61, Belle-Alliance-Platz 8
Drahtanschrift: Sopadienst

Die Herstellung erfolgt im Selbstverlag.
Der Abdruck ist nur auf Grund besonderer Vereinbarung gestattet. Kündigung beiderseits 4 Wochen vor dem Quartalsschluß, wenn nichts anderes vereinbart ist. Erfüllungsort für beide Teile ist Berlin.

Berlin, den 18. April 1931

Int. Instituut
Soc. Geschiedenis
Amsterdam

Frankreichs Gegenoffensive.

SPD. Der Sinn der Gegenoffensive, die Frankreich wider die deutsch-österreichische Zollunion zu unternehmen beabsichtigt, ist einstweilen noch nicht völlig klar. Es steht nur fest, dass man versucht, die Staaten West- und Mitteleuropas für den Gedanken der Bewilligung von Vorzugszöllen zugunsten der Agrarprodukte der südosteuropäischen Länder zu gewinnen.

Die Idee an sich ist keineswegs neu. Man hat sie in Genf und anderwärts schon wiederholt erörtert und sie spielte auch bei den einstweilen abgebrochenen Handelsvertragsverhandlungen zwischen Deutschland und Rumänien eine Rolle. Aber fraglich ist nach wie vor, ob ein solches System zustande kommen kann und wenn ja, in welchem Verhältnis es zu einer tatsächlich verwirklichten Zollunion zwischen Deutschland und Österreich stehen soll. Es heisst, Berlin und Wien solle selbstverständlich das Recht zum Beitritt gegeben werden. Aber es wird vorläufig nicht gesagt ob Deutschland und Oesterreich sich nur getrennt oder auch zollpolitisch vereint anschliessen dürfen. Vermuten muss man allerdings nach der ganzen Entstehungsgeschichte des Projekts, dass der Verzicht auf die Union Voraussetzung des Beitritts sein soll.

Wir werden also nähere Erläuterungen abzuwarten haben. Aber immerhin kann man es mit Genugtuung begrüssen, dass dem Plan einer engeren wirtschaftspolitischen Zusammenarbeit der europäischen Staaten wieder neues Leben eingehaucht worden ist, und niemand wird in Abrede zu stellen vermögen, dass der deutsch-österreichische Schritt auf jeden Fall den Anstoss zu dem französischen Vorgehen gegeben hat. Er würde also, vorausgesetzt, dass jetzt eine Zerreissung Europas in zwei feindliche Lager vermieden werden könnte, objektiv gesehen, unter allen Umständen verdienstvoll gewesen sein.

Sicher aber ist die Politik Briands sachlicher und erfolgversprechender als diejenige, die der frühere französische Ministerpräsident und Aussenministe Herriot empfiehlt. Herriot, von dem doch manch einer etwas mehr Verstand und ein etwas grösseres Verständnis hätte erwarten können, hat sich in einen Zorn gegen Deutschland hineingeredet, der ihn für die Tatsachen und für die Möglichkeiten eines auf europäischer Basis zu schaffenden Ausgleichs zwischen den einander widerstrebenden Interessen vollständig blind macht. Eben erst wieder setzt er in der "Ere Nouvelle", einem Organ der französischen Linken, auseinander, dass sich Frankreich vor jedem Gegenzug hüten müsse, weil es sonst in dieselben Fehler verfalle, die man dem Berliner Kabinett zum Vorwurf mache. Es geht ihm nur darum, Deutschland ins Unrecht zu setzen, und aus diesem Grunde verharrt er eigensinnig bei der Meinung, dass das Genfer Abkommen von 1922, durch das Oesterreich, um in den Genuss der Völkerbundsanleihe zu kommen, gewisse Verpflichtungen übernommen hat, verletzt sei.

In dieser Frage wird ja der Völkerbundsrat eine Entscheidung fällen. Aber es verrät wenig staatsmännische Vernunft, wenn Herriot sich ausschliesslich auf den angeblichen Rechtsstandpunkt stellt, und alle anderen Erwägungen bei-

seite schiebt. Wir erwarten bestimmt, dass der Völkerbundsrat zu einem anderen Ergebnis gelangt als zu dem, das der frühere französische Aussenminister für unvermeidlich hält, und wir hoffen vor allem, dass auf beiden Seiten zuletzt Erwägungen der Psychologie und der wirtschaftlichen Vernunft den Ausweg aus den gegenwärtigen Schwierigkeiten finden werden.

SPD. Hannover, 18.April (Eig.Drahtb.)

Der neue Landeshauptmann der Provinz Hannover, der welfische Rechtsanwalt Hagemann aus Verden wurde am Sonnabend vom Oberpräsidenten Noske in sein Amt eingeführt.

In seiner Einführungsrede betonte Noske, dass der preussische Minister des Innern ihn beauftragt hatte, von Hagemann eine besondere Erklärung inbezug auf seine Einstellung zum preussischen Staat als mittelbarer preussischer Staatsbeamter zu fordern. Diese Erklärung habe Hagemann wie folgt abgegeben: Für den Fall, dass die preussische Staatsregierung die erforderliche Bestätigung meiner Wahl zum Landehauptmann in der Provinz Hannover aussprechen würde, werde ich bei meiner Amtsführung nicht nur die Interessen dieser Provinz, sondern auch des preussischen Staates wahrnehmen. Ich werde als Landeshauptmann amtlich keine Bestrebungen unterstützen, die gegen den preussischen Staat und und seinen Bestand gerichtet sind und ich werde mir auch ausseramtlich in dieser Hinsicht die durch das Beamtenverhältnis gebotene Zurückhaltung auferlegen. Ich erkenne diese Verpflichtungen ausdrücklich an."

Auf Grund dieser Erklärung hat die preussische Regierung die Bestätigung Hagemanns ausgesprochen.

SPD. Als im Ältestenrat des Reichstags kürzlich darüber gesprochen wurde, ob wegen des Erlasses der letzten Notverordnung des Reichspräsidenten zur Bekämpfung politischer Ausschreitungen der Reichstag einberufen werden sollte, hat sich die Sozialdemokratie dagegen ausgesprochen. Ihre Vertreter haben aber keinen Zweifel daran gelassen, dass die Sozialdemokratie die weitgehende Einschränkung der Versammlungs-, Presse- und Demonstrationsfreiheit, wie sie in der Notverordnung vorgenommen wird, als sehr bedenklich ansieht. Sie haben gefordert, dass die Anwendung der Notverordnung sich ausschliesslich auf die Bekämpfung der Mordhetze und der politischen Ausschreitungen beschränkt und alle anderen politischen Bestrebungen unbehelligt bleiben müssen. Die Sozialdemokratie werde deshalb - so führten die sozialdemokratischen Vertreter weiter aus - der Handhabung der Notverordnung sehr sorgfältige Beachtung schenken und von einer einwandfreien Anwendung ihr weiteres Verhalten abhängig machen.

Die Anwendung von Bestimmungen, mit so ausgesprochen politischem Charakter wie sie in der Notverordnung verzeichnet sind, kann naturgemäss leicht Missgriffe unserer Instanzen mit sich bringen, mit deren Vermeidung gerechnet werden darf, wenn die Bestimmungen eine gewisse Zeit praktisch angewendet worden sind. Diese Chance den staatlichen Organen bei der Beurteilung der Situation zuzugestehen, ist auch die Sozialdemokratie ausschliesslich bereit. Immerhin hat die bisherige Praxis bei der Anwendung der Notverordnung leider erwiesen, dass nicht nur von vereinzelten Missgriffen geredet werden kann. Es muss heute festgestellt werden, dass die Notverordnung, wie sie von den untergeordneten Organen ausgelegt wird, nicht nur der Bekämpfung der politischen Mordhetze und der politischen Ausschreitungen, wie sie von den Rechtsparteien getrieben werden, dient. Vielmehr ist die Notverordnung in zahllosen Fällen auch gegen links, auch gegen die Sozialdemokratie und gegen ihr nahestehende Organisationen in einer Weise angewendet worden, die mit den Absichten bei ihrem Erlass nicht in Einklang gebracht werden kann. Insbesondere der § 10 der

Notverordnung gibt uns zu Beschwerden Veranlassung. In ihm wird bestimmt, dass "die öffentliche Ankündigung politischer Versammlungen nur die zur Bekanngabe der Versammlungen erforderlichen sachlichen Angaben über Ort und Zeit der Versammlung, Veranstalter, Teilnehmer, Redner, Vortragsgegenstand, Aussprache und Eintrittsgeld"enthalten darf. Ankündigungen, in denen mehr steht, können polizeilich beschlagnahmt werden. Diese Fassung ist bedauerlicherweise nicht sehr klar. Der Sinn der Notverordnung läuft auf die Bekämpfung der Mordhetze und der Ausschreitungen des politischen Lebens hinaus. Darum richtet sich der Wortlaut des § 10 Abs. 3 gegen Versammlungsankündigungen, die zum Mord aufhetzen oder geeignet sind, die Öffentlichkeit zu Gewalttätigkeiten anzureizen. Versammlungsankündigungen, die allein der erlaubten politischen Betätigung der Staatsbürger dienen, fallen nach den Absichten beim Erlass der Notverordnung nicht unter ihre Bestimmungen. Darum wird auch im § 10 Abs. 3 einmal zwar eine Zwangsvorschrift für den Inhalt von Versammlungsankündigungen erlassen, die polizeiliche Beschlagnahme von Versammlungsankündigungen aber als Kannvorschrift in das Ermessen der Behörden gestellt. Die Prüfung über Zulässigkeit oder Unzulässigkeit von solchen Versammlungsankündigungen ist nach den Bestimmungen der Notverordnung den unteren Polizeiorganen überlassen geblieben. Hier aber haben sich zahlreiche Polizeibehörden in Gegensatz zu dem wirklichen Sinn der Notverordnung gebracht, indem sie schematisch alle Versammlungsankündigungen verboten haben, die sich nicht formell bis zum letzten i-Punkt im Einklang mit den Vorschriften des § 10 Abs.3 Satz 1 befanden, selbst wenn in ihnen keinerlei Aufforderung zu unerlaubter politischer Betätigung enthalten war.

Infolgedessen haben sich unerträgliche Missstände ergeben. So sind Versammlungsplakate verboten worden, weil sie das SPD-Abzeichen enthielten. Andere wurden nicht erlaubt, weil sie den Satz aufwiesen "Alle wahlberechtigten Männer und Frauen sind herzlichst eingeladen". Auch Plakate mit den Worten "Die Einwohnerschaft wird ersucht, für einen Massenbesuch dieser so überaus wichtigen Versammlung zu sorgen" wurden verboten. Plakate mit aufklärendem Text über die Bedeutung des Internationalen Frauentages wurden nicht zugelassen, weil ihnen am Schluss eine Versammlungseinladung angefügt war. Einladungen zu einer Vorführung des Filmes "Cyankali" wurden nicht zugelassen, weil au ihnen gesagt wurde, der Film sei "das erschütternde Filmwerk, die grosse Anklage gegen § 218, bearbeitet nach dem gleichnamigen Schauspiel von Dr. Wolf, Stuttgart". Den Freidenkern wurde ein Flugblatt verboten, weil es den Satz enthalt "An der Spitze der Republik steht eine Regierung, deren führende Männer Katholiken sind, deren gesamte Mitglieder sich als fromme Christen bezeichnen", Dieser Satz sei - so hiess es in der Begründung der Beschlagnahme - geeignet, "Behörden und leitende Beamte des Staates in böswilliger Weise verächtlich zu machen". Schliesslich hat der Braunschweiger Nazi-Minister Franzen die Notverordnung dazu benutzt, den sozialdemokratischen "Braunschweiger Volksfreund" für 3 Wochen zu verbieten.

So geht es natürlich nicht weiter! Der Vorstand der Sozialdemokratischen Reichstagsfraktion hat sich deshalb veranlasst gesehen, wegen der Anwendung der Notverordnung und insbesondere wegen ihrer Auswirkung gegen die Sozialdemokratie mündlich und schriftlich beim Reichsministerium des Innern, beim Preussischen Ministerium des Innern, bei der Reichskanzlei und beim Preussischen Ministerpräsidenten Beschwerde einzulegen. Diese Beschwerde war begleitet von einer Aufzählung aller bis jetzt der Reichstagsfraktion bekannt gewordenen Einzelfälle.

Jetzt ist es Sache der Reichsbehörden und der Behörden der Länder, zu der Notverordnung so eindeutige Ausführungsbestimmungen zu erlassen, dass Missgriffe, wie die gekennzeichneten, unmöglich werden. Darüber hinaus werden Reichs- und Länderbehörden darauf zu achten haben, dass bei der Anwendung der Notverordnung stets die politischen Gesichtspunkte beachtet werden, die für ihren Erlass massgebend gewesen sind, nämlich die Bekämpfung der Mordhetze und der politischen Ausschreitungen.

Die Sozialdemokratische Partei kann und wird es nicht ertragen, dass die politische Freiheit der Staatsbürger, die sich in erlaubten Formen betätigt, durch eine über das Ziel hinausschiessende Anwendung der Notverordnung beeinträchtigt wird.

SPD. Madrid, 18.April (Eig.Drahtb.)

Der päpstliche Nuntius hat dem Aussenminister der spanischen Republik am Sonnabend bereits seinen dritten Besuch abgestattet. In hiesigen politischen Kreisen werden diese Besuche dahin ausgelegt, dass trotz des neuen politischen Regimes freundschaftliche Beziehungen zwischen der Kirche und Spanien aufrecht erhalten werden sollen.

Der Innenminister hat am Sonnabend vormittag bekanntgegeben, dass sich General Berenguer um 1 Uhr morgens im Innenministerium eingefunden und erklärt habe, er halte es angesichts der von den Zeitungen verbreiteten Falschmeldung, als sei er ins Ausland geflohen, für seine Pflicht, sich der Regierung zu stellen und seine sofortige Verhaftung zu verlangen. Der Innenminister hat dieses Ansinnen abgelehnt, sich aber von dem General auf Ehrenwort versprechen lassen dass er sich zur Verfügung der Behörden halte, um bei der Revisionsverhandlung des Prozesses gegen die Aufständischen von Jaca zu erscheinen.

Der neue Generalstaatsanwalt hat am Sonnabend angekündigt, dass er demnächst Anklage gegen zwei Personen erheben werde, deren Namen aber nicht genannt werden. Man glaubt, dass es sich um ein Verfahren gegenPersonen handelt, die für Handlungen während und nach der Diktatur verantwortlich sind.

SPD. Amtlich wird mitgeteilt: "Der von dem Minister des Innern zur Aufklärung der gegen den Landrat Hansmann in Schwelm erhobenen Vorwürfe entsandte Kommissar hat eine grössere Anzahl von Teilnehmern der Versammlung vom 12.4.1931 eingehend als Zeugen vernommen, darunter mehrere Landjägereibeamte, ein Kreistagsmitglied des Ennepe-Ruhrkreises und zwei Stadtverordnete aus Hattingen. Nach den übereinstimmenden, sehr eingehenden Bekundungen dieser durchaus zuverlässigen und glaubwürdigen Zeugen hat

Landrat Hansmann die ihm in den Mund gelegten beleidigenden Äusserungen über die deutschen Frontsoldaten nicht getan, insbesondere auch den Ausdruck "besoffene Schweine" nicht gebraucht,

sich vielmehr so geäussert, wie es bisher amtlich bekanntgegeben worden ist. Die Unrichtigkeit des gegen den Landrat erhobenen Vorwurfs ergibt sich weiter aus der Tatsache, dass die von etwa 200 Nationalsozialisten und Stahlhelmern, sowie etwa 150 Sozialdemokraten besuchte Versammlung sich während der Rede des Landrats durchaus ruhig verhalten hat, was sicherlich nicht der Fall gewesen wäre, wenn der Landrat wirklich über die deutschen Frontsoldaten beleidigende Ausführungen gemacht hätte. Ferner sei noch bemerkt, dass am Tage nach der Versammlung von der Redaktion der "Rheinisch-Westfälischen Zeitung" sowohl dem Vorsitzenden der bürgerlichen Arbeitsgemeinschaft des Kreistages des Ennepe-Ruhrkreises wie auch der Redaktion des "Schwelmer Tageblattes" auf deren Anfrage hin mitgeteilt worden ist, dass der Ausdruck "Schwein" anscheinend nicht von dem Landrat, sondern erst in der Diskussion von einem Nationalsozialisten gebraucht worden sei. Zur Kennzeichnung der gegen Landrat Hansmann betriebenen Hetze dient die von den Landjägern bekundete Tatsache, dass Nationalsozialisten und Stahlhelm ihre Mitglieder aus dem dortigen Bezirk aufgefordert hatten, möglichst zahlreiche zu der Versammlung zu erscheinen, um mit dem Landrat abzurechnen.

\+ \+ \+

Tagelang hat die sogenannte "nationale" Presse den Fall Hansmann gegen die Sozialdemokratie ausgeschlachtet und die Gemüter der Bierbankpolitiker in Erregung gehalten. Ja, die niederträchtigen Verleumder haben sich nicht einmal gescheut, in der Sache Hansmann die Hilfe des Reichspräsidenten anzurufen und 76 Menschen zum Meineid zu bewegen, also ins Zuchthaus zu bringen. Jetzt ist die Hetze elend zusammengebrochen. Statt Hansmann bleiben jene Verleumder auf der Strecke, die sich im Kampf gegen die Sozialdemokratie wieder einmal in einen nationalen Mantel hüllten, um damit eine neue Gemeinheit zu verdecken. Aber schneller als es diese "nationalen Männer" - Pfui Teufel - sich gedacht haben ist enthüllt worden, dass sie einen unantastbaren sozialdemokratischen Beamten erledigen wollten, indem sie ihm Worte in den Mund legten, die er nie geäussert und an die er nie gedacht hat.

SPD. Madrid, 18.April (Eig.Drahtb.)
Wie aus San Sebastian gemeldet wird, sind der Herzogin von Alba, die mit einem Betrag von 750 000 Peseten die französische Grenze überschreiten wollte, von spanischen Zollbeamten 745 000 Peseten abgenommen und bei einer Bank hinterlegt worden. Auch einem anderen Aristokraten, dessen Name nicht genannt wird, sollen die Beamten 1 Million Peseten beschlagnahmt haben.

SPD. Der Sozialist Fabra Ribas, der in seiner Jugendzeit während eines längeren Aufenthalts in Berlin Mitarbeiter des "Vorwärts" war und zuletzt den Posten eines spanischen Delegierten beim Internationalen Arbeitsamt bekleidete, ist - wie uns aus Madrid gemeldet wird - zum Generaldirektor im spanischen Arbeitsministerium ernannt worden.

SPD. Stuttgart, 18.April (Eig.Drahtb.)
Das Amtsgericht Ulm verurteilte zwei Nationalsozialisten, Friedrich Jäger und Otto Pfaller, zu 80 bezw. 30 Mark Geldstrafe. Dieses Urteil ist in Anbetracht des Tatbestandes - die Angeklagten haben zwei Reichsbannerleute tätlich angegriffen und verletzt - sehr milde zu nennen.
Als kürzlich zwei Reichsbannerleute vor demselben Gericht standen, erhielt der eine von ihnen wegen Körperverletzung 6 Wochen Gefängnis, obwohl gar nicht festgestellt werden konnte, wen er verletzt haben sollte und welcher Art die Verletzungen gewesen sein sollen.

SPD. Amtlich wird mitgeteilt: "Der Preussische Minister des Innern hatte das vom Stahlhelm im Kampfe um das Volksbegehren verbreitete, angeblich vom Rat der Volksbeauftragten am 13.November 1918 herausgegebene Flugblatt mit der Ueberschrift "Arbeiter, Soldaten, Bauern" und den letzten Worten "Es lebe die Republik! Es lebe die Weltrevolution!" auf Grund vorgelegter Beweisstücke, nämlich eines angeblichen Originals vom November 1918, einer eidesstattlichen Versicherung des Herausgebers des "Fridericus" F.C.Holtz usw. trotz fortbestehender Bedenken freigegeben, um jeden Vorwurf einer Behinderung der Agitation für das Volksbegehren auszuschliessen.
Auf Grund neu beigebrachten Materials haben sich nunmehr Anhaltspunkte für eine Fälschung ergeben und derart verdichtet, dass die vom "Fridericus" vorgelegten Unterlagen beschlagnahmt worden sind unter gleichzeitiger Einleitung eines Strafermittelungsverfahrens, das sich in erster Linie gegen den

Herausgeber Holtz richtet. Das vorgelegte "Original" des angeblich im November 1918 von Matrosen verteilten Aufrufs ist, wie jetzt schon feststeht, nichts weiter, als

> ein absichtlich abgerissener oberer Teil eines Flugblatts, dessen Inhalt offensichtlich erdichtet, und das von der Nationalsozialistischen Deutschen Arbeiterpartei im Jahre 1930 hergestellt und verbreitet

worden ist. Auf diesem Flugblatt ist als Herausgeber Ostberg-München, Druck M.F.Mayr-Miesbach angegeben.

Die weitere Verwendung dieser Fälschung richtet sich danach von selbst und fällt nur auf die Verbreiter zurück. Die Preussische Regierung sieht lediglich im Hinblick auf den bevorstehenden Ablauf der Eintragungsfrist davon ab, das Volksbegehr-Flugblatt Nr.1 nochmals zu beschlagnahmen.

\+ + +

Die Tatsache der Fälschung wird die Verleumder im "nationalen" Gewand natürlich nicht abhalten, ihr schmutziges Handwerk weiter zu betreiben und das gefälschte Flugblatt in der Agitation gegen die Republik weiter zu benutzen. Schon haben sie im ganzen Lande grosse Plakate verbreiten lassen, auf denen es heisst, dass der preussische Innenminister die angebliche Fälschung als den Tatsachen entsprechend bestätigt habe. Höher geht die Heuchelei und die Niederträchtigkeit jener, die sich immer noch als "national" bezeichnen, nicht. Aber schliesslich werden sie über kurz oder lang im eigenen Sumpf ersticken.

SPD. München, 18.April (Eig.Drahtb.)

In Bayern haben sich die freien Gewerkschaften in den Betriebsrätewahlen, soweit die bisher bekannt gewordenen Wahlergebnisse einen Schluss zulassen, auf der ganzen Front siegreich behauptet.

Geradezu niederschmetternd ist für die Naziarbeiterpartei das Ergebnis der Betriebsrätewahlen in ihrer eigenen Münchener Giftküche. In der Druckerei-Firma Müller & Sohn-München, in der der "Völkische Beobachter" hergestellt wird, wurden 433 gültige Stimmen abgegeben. Die Liste der freien Gewerkschafter vereinigte auf sich die grosse Mehrheit, nämlich 293 Stimmen, die Liste der Kommunisten bekam 103 Stimmen, während es die Nationalsozialisten auf ganze 37 Stimmen brachten. Die Nazis haben trotz krampfhafter Anstrengungen in ihrem eigenen Betriebe nicht einen einzigen Sitz im Betriebsrat bekommen, während die Liste der freien Gewerkschaften 5 Mandate und 1 Ergängzungsmandat und die Kommunisten 1 Sitz und 1 Ergänzungssitz erhielten. Die Belegschaft hat eine Naziagitation im Betriebe nicht geduldet, sodass sich die Hakenkreuzler nicht einmal getrauen durften, ihre verlogenen Flugblätter im Betriebe selbst zu verteilen.

Die Hoffnungen, die die Unternehmer in ihre gelben und hakenkreuzlerischen Lakaien setzten, wurden an dem gesunden Sinn der bayerischen Arbeiter zuschanden. In den Augsburger und Nürnberger Betrieben der MAN wurden die Hakenkreuzler von der Werksleitung besonders eifrig gefördert, so u.a. durch namhafte Unterstützungen während der letzten Aussperrung. Auch in diesen beiden Grossbetrieben brachten es die Nazi nicht über einflusslose Grüppchen hinaus, während der Deutsche Metallarbeiterverband seinen bisherigen Besitzstand unverändert hielt.

Nirgends ist es den mit den gehässigsten und den infamsten Mitteln arbeitenden kommunistischen Klassenverrätern gelungen, den freien Gewerkschaften irgendwelchen Schaden zuzufügen. In den Grossbetrieben der Textilindustrie, besonders aber in der Metallindustrie mussten die Moskowiter zu ihrer bisher schon bestehenden Einflusslosigkeit noch weitere empfindliche Schlappen einstecken. So verloren sie beispielsweise bei der MAN-Nürnberg ihre zwei Sitze

vollständig, während der Deutsche Metallarbeiterverband seine bisherigen 11 Sitze beibehielt. Die jüngste Metallarbeiteraussperrung in Bayern hat der Arbeiterschaft die Augen geöffnet und ihr gezeigt, was von den demagogischen Kraftsprüchen der sogenannten Revolutionäre zu halten ist.

SPD. In Vertretung des Reichsinnenministers Dr. Wirth hat - wie der "Soz. Pressedienst" erfährt - Staatssekretär Dr. Zweigert auf Grund der Beschwerde des sozialdemokratischen Braunschweiger "Volksfreund" gegen dessen Verbot durch den Naziminister Franzen die Verbotsfrist von drei Wochen auf eine Woche herabgesetzt. Danach gilt das Verbot ab 15. April und läuft am 21. April ab, sodass der "Volksfreund" am Mittwoch, den 22. April wieder erscheinen kann. Eine entsprechende Mitteilung ist der Braunschweigischen Regierung und dem Verlag des "Volksfreund" bereits am Sonnabend zugegangen.

SPD. Wien, 18. April (Eig. Drahtb.)
Am Sonnabend wurde hier ein Jäger verhaftet, der gestand, den am 14. April gemeldeten Anschlag auf den Eisenbahnzug Wien-Passau fingiert und in der Absicht gemeldet zu haben, dass er dafür Geld erhalten würde. Er hoffte ferner, infolge seiner Findigkeit bei der Polizei bezw. Gendarmerie angestellt zu werden.

SPD. Die Frechheit des Stahlhelm kennt keine Grenzen mehr. Je aussichtsloser sich seine Aktion gegen Preussen gestaltet und je grösser seine Schulden für diese Aktion werden, desto radikaler und dreister gebärdet er sich.
Dieser Tage hatte die Bundesleitung des Stahlhelm die Absicht einen Brief zu verfassen, in dem sie wegen des Artikels ihres Bundesorgans gegen die preussische Regierung, der zu dem Verbot dieser Zeitschrift auf drei Monate führte, mit vielen Worten eine Art Entschuldigung konstruieren und wenigstens eine Verkürzung der Verbotsdauer erreichen wollte. Durch die frühzeitige Veröffentlichung dieser Absicht sah sich die Stahlhelmleitung in ihren Plänen gestört. Der radikale Flügel schlug Krach und setzte durch, dass die Entschuldigungsaktion unterblieb. Am Sonnabend ist er noch einen Schritt weitergegangen. Er hat die Bundesleitung des Stahlhelm zu einem Brief an den preussischen Innenminister veranlasst. Nicht etwa zu einem Entschuldigungsbrief, sondern zu einem Schreiben, das Wort für Wort die Berechtigung und Notwendigkeit des Verbots des "Stahlhelm" erhärtet, indem es in der Form einer weiteren Beschwerde gegen das Verbot der Zeitschrift neue Verleumdungen und Beleidigungen der preussischen Regierung enthält. Kein Zweifel, dass dieser Brief in erster Linie den Zweck hat, die Bundesleitung des Stahlhelm gegenüber der Anhängerschaft als besonders stark und die Absicht der Entschuldigungsaktion als unrichtig erscheinen zu lassen. Ob sie ihr Ziel erreichen wird? Wer Schulden hat nicht wie ein Major sondern wie der Stahlhelm, der kann niemals wirklich stark sein.
Die preussische Staatsregierung wird die Antwort auf das neueste Elaborat des Stahlhelm nicht schuldig bleiben. Es passt zu allen übrigen Machwerken dieser Organisation, die in den letzten Tagen das Licht der Welt erblickt haben, und charakterisiert ihre Urheber als eine Gesellschaft, die zu einer "ritterlichen" Kampfesweise unfähig und einer "ritterlichen" Behandlung unwürdig ist.

SPD. Genf, 18.April (Eig.Drahtb.)

Am Sonnabend trat der Verwaltungsrat des Internationalen Arbeitsamtes zu seiner 52.Tagung zusammen. Auf der Tagesordnung stehen neben der Behandlung des Budgets für 1932 zahlreiche Berichte über Spezialfragen einzelner Berufsgruppen. Von besonderer Bedeutung ist der den Mitgliedern des Verwaltungsrats übermittelte Bericht über Stand und Bekämpfung der Arbeitslosigkeit, Der Presse ist er noch nicht bekannt gegeben worden.

SPD. Die Berliner Stennesrevolte hatte am Sonnabend ein Nachspiel vor dem Berliner Arbeitsgericht. Sechs Angestellte des Berliner Nazizeitungsverlags kämpfen gegen ihre fristlose Entlassung. Sie verlangen Gehalt, Papiere und Zeugnisse.

Den Verlag vertritt ein Herr Henke, der von dem eigentlichen Geschäftsführer Herrn Ammann in München mit den notwendigen Vollmachten ausgerüstet ist Henke ist erst seit kurzem auf seinem neuen Posten. Er weiss über die Sturmtage nur vom Hörensagen Bescheid. Der Verlagsvertreter ist sehr - friedlich gesinnt. Er sucht zu beruhigen. Die Invalidenkarten hat er bereits zur Hand, Zeugnisse will er auch ausstellen und ebenso ist er bereit, etwas Geld zu geben, damit die Entlassenen nicht länger ohne Barmittel dastehen.

Der Gerichtsvorsitzende, Amtsgerichtsrat Lehmann, belehrt den Verlagsvertreter, dass der Frontwechsel von Hitler zu Stennes für 5 von den 6 Klägern kein Entlassungsgrund sei, deren Tätigkeit mit Front und Gesinnung nichts zu tun gehabt habe, da sie ja nur als Expedienten, Stenotypistinnen usw. beschäftigt gewesen seien. Bei dem sechsten Kläger - er heisst Ernst Werner Techow und gehört zu den Mördern Rathenaus - liegt anscheinend die Sache etwas anders. Bei ihm als leitendem Angestellten kann unter Umständen der Front- und Gesinnungswechsel als Entlassungsgrund eine Rolle spielen. Um sicher zu gehen, hat die neue Geschäftsführung besonders gravierende Vorwürfe zur Hand. Die neue Geschäftsführung liess nämlich die alte Geschäftsführung durch vereidigte Revisoren nachprüfen. Diese kamen zu der Ueberzeugung, dass in den Büchern und Papieren ein "Saustall" herrsche. Die Kläger suchen sich gegenüber den Vorwürfen auf Dienstvernachlässigung mit dem Bemerken zu rechtfertigen, dass allgemein die Weisung gegolten habe, SA-Dienst gehe vor Verlagsdienst.

Das wird wohl auch so gewesen sein, aber jetzt nach dem Krach geht eben der Verlagsdienst vor den SA-Dienst. - Der Prozess wird demnächst fortgesetzt.

SPD. Sofia, 18.April (Eig.Drahtb.)

Die bulgarische Regierung hat jede öffentliche und geschlossene Versammlung zum 1.Mai verboten. Sie hat gleichzeitig die mündliche und schriftliche Agitation für die Maifeier untersagt. Wer der Anordnung zuwiderhandelt, soll nach dem Gesetz zum Schutze des Staates bestraft werden.

Die Presse der Gewerkschaften und der Sozialdemokratischen Partei protestiert mit aller Schärfe gegen das Verbot und bezeichnet es als einen "vielsagenden Auftakt" für die bevorstehenden Neuwahlen der Sobranje.

SPD. Die Thüringische Staatsregierung hat - wie der "Soz.Pressedienst" erfährt - den von dem Naziminister Frick in den Ueberwachungsausschuss der Leipziger Rundfunkgesellschaft delegierten Nationalsozialisten Ziegler abberufen. An Zieglers Stelle wurde Ministerialrat Walter vom Thüringischen Staatsministerium in den Ueberwachungsausschuss entsandt.

Und die Nazis in der Polizei? Wann werden sie abberufen?

SPD. Sofia, 18.April (Eig.Drahtb.)

Das Bulgarische Parlament wurde am Sonnabend nach Ablauf seiner vierjährigen Legislaturperiode aufgelöst. Die Neuwahlen werden voraussichtlich Anfang Juni stattfinden.

Das Kabinett Liaptschew dürfte bis spätestens Montag zurücktreten, weil der König den Wunsch hat, mit den Führern der Opposition zwecks Bildung einer Koalitionsregierung zu verhandeln. Erst nach Beendigung dieser Verhandlungen sollen Neuwahlen ausgeschrieben werden. Voraussichtlich kommt ein Koalitionskabinett zustande, in dem die bisherige Regierungspartei und die Demokraten um Malinow vertreten sind. Malinow wird allgemein als der Chef der neuen Regierung betrachtet.

SPD. Am Sonnabend fand im Reichsarbeitsministerium eine Besprechung über die Bedrohung der Kriegsopferversorgung durch die geplanten neuen Sparmassnahmen statt. Der Vorsitzende des Reichsausschusses für Kriegsbeschädigte und Kriegerhinterbliebenenfürsorge, Reichstagsabg. Gerlach (Soz), trug Staatssekretär Dr. Geib die Bedenken und Befürchtungen der Kriegsopferorganisationen vor. Der Staatssekretär versprach, sie dem Kabinett zu übermitteln und für möglichste Schonung der Kriegsopferinteressen einzutreten.

SPD. Wien, 18.April (Eig.Drahtb.)

Der österreichische Landwirtschaftsminister hat dieser Tage durch eine Geheimverfügung die Einfuhr russischer Eier verboten. Die russische Regierung antwortete darauf mit der Zurückziehung sämtlicher Bestellungen auf Industriewaren und anderer österreichischer Fabrikate. Unter diesen Umständen musste der österreichische Landwirtschaftsminister am Sonnabend seine Verfügung, nach Vorstellungen insbesondere der Industrie, zurücknehmen.

SPD. Der zwischen dem Reichsverband der Deutschen Industrie und der russischen Regierung vereinbarte deutsch-russische Lieferungsvertrag sieht Lieferungsaufträge im Gesamtwerte von 300 Millionen Mark vor. Die Aufträge müssen bis zum 31.August 1931 in spezifizierter Form an die Lieferfirmen übergeben werden.

Hinsichtlich der Kredit- und Zahlungsbedingungen hat die deutsche Industrie weitgehende Konzessionen gemacht. Der bisherige 12 Monatskredit wird auf 14 Monate verlängert, der 18-Monatskredit auf 21 Monate und der 24-Monatkredit auf 28,8 Monate. Zugestanden haben die Russen eine Anzahlung des Betrages in Höhe von 20 % in Wechselform. Die Wechsel werden nach Ablauf der Lieferzeit fällig, wozu weitere Fristen treten, die 13 bis 27 Monate ausmachen. Die Zinsen sind vierteljährlich abzurechnen und zu bezahlen und zwar in bar oder in einem 6-Monatsakzept nach Wahl der Russen. Für Akzepte haben die Russen Zinsen zu vergüten, die 2 % über dem deutschen Reichsbankdiskont liegen. Die bestehenden Abmachungen werden durch den deutsch-russischen Vertrag nicht berührt. Die Russen halten sich volle Freiheit in der Auswahl der Lieferfirmen vor. Ebenso steht es den einzelnen deutschen Firmen frei, ob und in welchem Umfang sie Aufträge auf Grund dieser Vereinbarung übernehmen wollen.

(Schluss des politischen Teils. - Auf Wiederhören

Montag-Vormittag 7 Uhr auf Welle 2850)

Aus aller Welt

Straffreiheit für Hakenkreuzmörder ?

Nazi-Kuntze nur wegen unerlaubten Waffenbesitzes verurteilt - Schwere Belastung der Schützen vom Eden-Palast.

SPD. Vom Schöffengericht Berlin-Schöneberg wurde der nationalsozialistische Postaushelfer Georg Kuntze, der vor etwa sechs Wochen den 17 jährigen Bäckerlehrling Ernst Nathan ohne ersichtlichen Grund niederschoss, von der Anklage des Totschlags freigesprochen und wegen unbefugten Waffenbesitzes zu einem Jahre Gefängnis verurteilt. Das Urteil muss umso mehr erstaunen, als der Staatsanwalt gegen den Angeklagten wegen Totschlags und unerlaubten Waffenbesitzes viereinhalb Jahre Gefängnis beantragt hatte.

Eine seltsame Urteilsbegründung.

Die Begründung dieses offensichtlichen Fehlspruchs des Schwurgerichts ist ebenso merkwürdig, wie das Urteil selbst. Die Belastungszeugen, die sämtlich vereidigt worden sind, werden fast alle als mehr oder weniger unglaubwürdig hingestellt, und aus einer harmlosen Plänkelei, die der Angeklagte wenige Stunden vor der Bluttat mit einigen politischen Gegnern hatte, die erstaunliche Schlussfolgerung gezogen, dass er bei seiner Tat in Furcht, Schrekken oder Bestürzung gehandelt habe. Auch hätten ihn Nathan und seine Freunde provoziert und so den Anlass zu dem tragischen Konflikt gegeben. Kuntze habe zwar "nun allemal Heil Hitler!" gerufen, doch hätte das für Nathan und seine Kameraden kein Grund sein dürfen, ihn zu verfolgen und auf ihn einzuschlagen. Wenn auch Kuntze sein Notwehrrecht überschritten habe, so müsse er doch straffrei ausgehen, da er in Furcht oder Schrecken gehandelt habe, ein Zustand, für den der einschlägige Paragraph Straffreiheit zusichere. Wie wenig stichhaltig dieses Urteil ist und wie sehr auch dem Gericht das Peinliche seines Verdikts zum Bewusstsein gekommen sein muss, erhellt die Tatsache, dass man Kuntze wegen verbotenen Waffenbesitzes zu der verhältnismässig hohen Strafe von einem Jahr Gefängnis verurteilte, dies unter der Begründung, dass die Oeffentlichkeit vor revolvertragenden jungen Leuten aller Parteien mit grösster Energie geschützt werden müsse. Aber die notwendigen Worte des Abscheus und des Bedauerns über die ruchlose Tat, der ein junger Mensch von 17 Jahren zum Opfer gefallen ist, vermisste man in der Urteilsbegründung! Da der Staatsanwalt das Recht der Notwehr für Kuntze entschieden abgelehnt und seine Verurteilung verlangt hatte, ist dringend zu hoffen, dass die Berufungsinstanz ein verständigeres Urteil fällen wird -, ein Urteil, das einen Totschlag nicht mit dem Fazit einer Bestrafung wegen unerlaubten Waffenbesitzes bagatellisiert. Schon im Interesse des Ansehens unserer Justiz ist eine Revision dieses Spruches zu wünschen.

Mit Cuthose und Totenkopfhemd!

Von der überhaupt all zu oberflächlichen und eiligen Verarbeitung des Prozesstoffes im Falle Kuntze, die dieser Verhandlung das Gepräge gab, sticht sehr vorteilhaft die peinliche Gründlichkeit und Sorgfalt ab, mit der Landgerichtsdirektor Ohnesorge in untadeliger Objektivität die Verhandlung gegen die Nazischützen vom "Eden-Palast" führt. Die ersten Zeugen belasten die Angeklagten aufs schwerste. So erkennt einer der Ueberfallenen namens Jahn den Angeklagten Stief genau als einen der Schützen wieder und beschreibt Stiefs Verhalten so detailliert, dass auch das Kreuzverhör, das Rechtsanwalt Becker mit diesem unbequemen Mann anstellt, seine Bekundung nicht entwerten kann. Der

Zeuge erklärt, dass Stief beim Transport zur Polizei seine nationalsozialistische Gesinnung verleugnet habe, eine Behauptung, die Stief allerdings erregt bestreitet. Als Rechtsanwalt Becker dem Zeugen vorhält, dass es doch auffiele, dass er sich nicht mehr an die Namen und Adressen seiner Kameraden erinnern könne, ruft Staatsanwaltschaftsrat Stehnig ironisch:"Die Verhältnisse scheinen eben genau so wie im Verkehrslokal des Sturms 35 zu sein, dort kennt man sich ja auch nicht - !" Weiterhin sehr bemerkenswert ist die Aussage des Zeugen Griesstock, der den Angeklagten Wesemann zweimal einwandfrei gesehen hat und zwar zuerst auf dem Hof des "Eden-Palastes" und später beim Sturmangriff des Nazitrupps auf die Ballgäste. Diese Aussage belastet Wesemann insofern besonders schwer, als er überhaupt bestreitet, beim Feuerüberfall auf die Gäste des Lokals beteiligt gewesen zu sein. Ausserdem hat Griesstock den Wesemann in einer Stellung beobachtet, die ihn annehmen liess, dass Wesemann zum Schuss ansetzen wollte. In welch herrlichem Maskenkostüm übrigens die Nazijünglinge "in den Krieg" zogen, zeigt die Ausstaffierung des Wesemann, der nach der Zeugenbeschreibung ein schwarzes Hemd mit Totenkopf trug, dessen Aermel hochgekrempelt waren, sowie eine Cuthose.-. Mord im Maskenkostüm - das ist das wahre Gesicht der "rauhen Kämpfer" der NSDMP!

\+ + +

"Staatsanwalt" Kürten.

Schluss der Beweisaufnahme im Düsseldorfer Prozess - Das Problem des Doppelmenschen - Frau Kürtens Aussage.

SPD.Düsseldorf, 18.April (Eig.Drahtb.)

Am Sonnabend wurde in Düsseldorf die eigentliche Beweisaufnahme beendet. Wesentlich neue Gesichtspunkte sind durch die letzten Zeugenaussagen nicht zu Tage getreten. Die Richtigkeit der Kürtenschen Geständnisse ist im Prinzip bestätigt.

Peter Kürten ist sein eigener Staatsanwalt.Durch seine geradezu zur Wut gesteigerte Geständnisfreudigkeit, wie sie kaum je vor den Schranken eines Gerichtes zu Tage trat, macht er es dem Vorsitzenden leicht, über alle Irrwege der Polizei mit einer souveränen Geste hinwegzugehen. Es braucht nicht mehr viel darüber diskutiert zu werden, dass die Behörden zur Beruhigung des Publikums nach dem Muster des seligen Prager Vorkriegs-Polizeipräsidenten Olitsch, der sich zur Erhöhung seines Prestiges Verbrechen zu bestellen pflegte, eine Zeitlang einen geständigen Interimsmörder herausgestellt hatte. Kürten gesteht mit demselben Fanatismus, mit dem er früher mit Messer und Hammer Menschen mordete.

Vor dem Gericht sitzt ein Mensch, dem man die Tat "nicht zutraut". Es fehlt ihm die althergebrachte polizeiwidrige Visage: es ist ein Hohn auf diesen alten Zopf der Zutraubarkeit, höchstens eine Idealtype des Heiratsschwindlers im unteren Mittelstand. Spannkräftig, gut konserviert, jung erscheinend, mit pomadisierter festgelegter Tolle und nicht eben unbeleibt - "sieht so ein Mörder aus"? Durch dieses bürgerliche Wohlaussehen war Kürten in der Tat zu lange gegen den Mordverdacht gefeit und konnte sein grauenhaftes Spiel sportmässigen Mordens gewissermassen in voller Oeffentlichkeit treiben: er warf Spuren hin, lockte die Verfolger, foppte die Polizei und beging dann neue Bluttaten mit doppelter Lust. Souverän war seine Verbrechenstechnik, mit einer gewissen Grandezza begab er sich in ständige Gefahren, vergleichbar dem Flieger, den das Tollkühne reizt.

Souverän ist Kürten auch als Angeklagter. Was er an Menschlichem, unverständlich Menschlichem produziert, die ritterliche Rücksichtnahme auf die als Zeugen erscheinenden verletzten Opfer, die in dem strengen Milieu unerfreuliche Tatsachen der sexuellen Geheimsphäre nacherzählen sollen und denen er jede Erschütterung unnützer Art ersparen möchte, das macht ihn zum Problem.

Natürlich wissen wir nicht, was hier Theater ist und was nicht. Aber wir wissen, dass auch im Mörder viele widersprechende Gefühle leben und können glauben, dass auch Kürten trotz seiner jahrzehntelangen systematischen Bluttaten aus psychosexuellem Bedürfnis im täglichen Leben so etwas wie eine gut-bürgerliche Weltanschauung hat, sich also auch ganz gerne "gut benehmen" möchte. Gerade das aber ist es, was ihn so besonders unheimlich macht.

Geständnisfreudigkeit, all zu gern von Kriminalisten der alten Schule mit Reue bezeichnet, hat schon immer als ein Strafmilderungsmoment gegolten. In diesem Falle dürfte davon kaum die Rede sein. Nicht eigentliche Reue hat Kürtens Zunge gelockert. Seine Geständnisflut ist wohl viel eher der Ausfluss seiner defekten, gespaltenen Persönlichkeit; die Psychiater sprechen von Schizophrenie. Die Milieuanpassungsfähigkeit, die Heuchelei, feiert in Kürten ihre Triumphe und wächst sich im Geständniskoller zu einem wahren Herostratismus aus: noch einmal erlebt Kürten in der Nacherzählung seine Verbrechen erotisch nach, noch einmal klingen in ihm die Affekte an, noch einmal - besonders auch angesichts der Schreckwirkung auf die Zuhörer im Saal - ist er Massenmörder.

Es ist im Lauf der Beweisaufnahme wiederholt festgestellt worden, dass Kürten es oft unterliess, Opfer, die er aufs grauenhafteste verletzt hatte, vollends zu töten, um sich eines Tatzeugen bewusst zu entledigen. Er wusste, dass Zeugen seiner Verbrechen herumlaufen, die ihn wiedererkennen und verraten konnten. Das hat an seinem Doppelleben nichts, aber auch garnichts geändert. Mit fast traumhafter Sicherheit ging er durch die Strassen. Es drängt sich der Vergleich mit Denke, Grossmann und Haarmann auf. Alle drei führten dieses seltsame Doppelleben. Denke trug in Prozessionen frömmelnd das Kreuz, Haarmann sonnte sich in der Gunst der nichtsahnenden Polizei, Grossmann führte das primitive Leben des Berliner Gelegenheitsarbeiters. Sie passten sich in ihr Milieu ein. Kürten tat dasselbe auf einer etwas gehobeneren Basis. Jack der Aufschlitzer, wie wir wissen, auf einer noch höheren: der berühmte Londoner Frauenmörder war ein in den ersten Gesellschaftskreisen angesehener Arzt, der ausschliesslich Dirnen verfolgte und meuchelte, weil sein Sohn von einer Dirne mit tödlicher Wirkung luetisch infiziert worden war. Gesetzt nun den undenkbaren Fall, dass Kürten wieder freigelassen werden würde oder dass es ihm vielleicht gelänge, zu entfliehen, so würde er unfehlbar seine Taten unter dem Zwang seiner dunklen zweiten Hälfte hemmungslos fortsetzen. Er müsste sie fortsetzen, um seines zweiten fürchterlichen Ichs willen.

+

In der Sonnabend-Verhandlung wurde als Zeuge der Arbeiter Ems vernommen, der als erster am 22.Oktober 1929 die von Kürten schwer verletzte Prostituierte Elisabeth Dörries auffand. Als der nächste Zeuge, Kriminalsekretär Opfer, zum Tatort kam, habe Elisabeth Dörries noch gelebt und laut gestöhnt.

Ferner kommt die erzählfreudige Frau Meurer zu Wort, die von Kürten drei Tage später überfallen worden war. Vorher habe der Angeklagte zu ihr gesagt: "Haben Sie wirklich keine Angst? Denken Sie doch mal an den Scheer, der hier ermordet worden ist!". Es dauerte ziemlich lange, bis der Zeugin der Angeklagte, der ihr als "ein ganz netter Mensch" erschien, unheimlich wurde.

Zuletzt kommt die Ermordung der fünfjährigen Gertrud Albermann zur Sprache. Zeugen, die die Kleine kurz vor ihrem Tode sahen, haben beobachtet, wie Kürten das weinende Kind bei der Hand gefasst und zu beruhigen versucht habe, bevor er mit ihm in den Schrebergärten entschwand. Als der Leichnam der kleinen Albermann aufgefunden wurde, zählte man 36 Stiche in ihrem Körper.

Wichtig ist auch noch die Aussage der Ehefrau des Angeklagten; sie wurde vor Gericht verlesen. Frau Kürten schreibt, dass sie vor der Festnahme ihres Mannes niemals an seine Täterschaft geglaubt habe, obschon verschiedene Verdachtsmomente vorlagen und die in den Zeitungen veröffentlichte Personalbeschreibung zutraf. "Mein Mann besteht aus zwei Naturen: er kann auf der

einen Seite sehr rücksichtsvoll, auf der anderen aber auch sehr jähzornig sein. Als er mir die Morde eingestanden hatte, fragte ich ihn, warum er das alles getan hätte. Er antwortete mit, er hätte Spass daran gefunden" . . . .

\+ + +

Sintflut der Postkarten. Das Postamt des englischen Unterhauses wurde dieser Tage von einer halben Million Postkarten überschwemmt, die an die einzelnen Abgeordneten gerichtet waren. Verschiedene Unterhausmitglieder erhielten je 2 500 Karten. Diese Postkartenflut geht von den Anhängern der Gesellschaft zur Heilighaltung des Sonntags aus und wendet sich gegen den zur Zeit im Unterhaus vorliegenden Gesetzentwurf, der den Kinos erlauben will, am Sonntag zu spielen. Zu gleicher Zeit sind den Mitgliedern von religiösen Gesellschaften Bittschriften zugegangen, die sich ebenfalls gegen das Sonntagsspiel der Kinos richten. Die Bittschriften sind von eineinhalb Millionen Menschen unterzeichnet und haben eine Länge von etwa 20 Kilometern.

\+ + +

Verhafteter Mörder. Zwischen Lychen und Fürstenberg (Mecklenburg) wurde der nach Ermordung seines Wächters aus der Strafanstalt Prenzlau (Uckermark) entsprungene Schlächter Wilhelm Pilgram verhaftet. Sein Komplice, der Schnitter Potocki, wird noch gesucht.

\+ + +

Beendeter Riesenprozess. Nach fast halbjähriger Dauer ging in Breslau mit der Verurteilung der letzten 60 Angeklagten ein Riesenprozess gegen 260 Betrüger zu Ende. Die Angeklagten erhielten insgesamt wegen Betruges, schwerer Urkundenfälschung, Hehlerei, Nötigung, Amtsanmassung, Siegel- und Pfandbruch und falscher Anschuldigungen mehr als 100 Jahre Gefängnis und Zuchthaus, die letzten 60 davon 19 Jahre 19 Jahre 3 Monate Zuchthaus und 65½ Jahre Gefängnis. Die Betrüger hatten sich Vertretungen von Staubsaugerfirmen beschafft, die Apparate untereinander verkauft, sich die Provision aber bereits nach der Bezahlung der ersten Teilrate von den geschädigten Staubsaugerfirmen auszahlen lassen. Das gleiche Manöver absolvierte das Betrügerkonsortium mit Uhren, Textilwaren, Wäsche und Büchern. Insgesamt waren 1 200 Einzeldelikte abzuurteilen.

\+ + +

Gnadengesuch für Tetzner. Beim bayerischen Justizministerium ist ein Gnadengesuch des zum Tode verurteilten Versicherungsmörders Erich Tetzner eingegangen. Die von Tetzner beim Reichsgericht eingelegte Revision hat dessen Verteidiger zurückgezogen.

\+ + +

Neuer Atlantikflug Gronau's? Der deutsche Ozeanflieger von Gronau verhandelt zurzeit in Kopenhagen mit der Direktion der Grönland-Verwaltung, um von dieser Unterstützung für einen eventuellen regelmässigen Atlantikflug mit Zwischenlandungen in Grönland zugesichert zu erhalten. Von Gronau konferiert ferner in Kopenhagen über die Möglichkeit einer Flugzeug-Hilfsexpedition zur Rettung des seit vielen Monaten im Polareis vermissten Professor Wegener. Das lange Schweigen Professor Wegeners gibt zu den ernstesten Befürchtungen Anlass.

\+ + +

Gratistheater für Arbeitslose. Die Kölner Theaterverwaltung hat für die Erwerbslosen Theatervorstellungen ohne Eintrittsgeld eingerichtet. In den nächsten zwei Monaten werden für die Arbeitslosen zwei Opern und zwei Schauspiele gegeben. In Berlin findet am 26. April im Deutschen Theater für Arbeitslose eine Gratisvorstellung des Zuckmayerschen "Hauptmann von Köpenick" statt.

Wirtschaft Technik Handel

Zwangszucker.

(2/5 der Erzeugung werden eingesperrt, damit die hohen Preise bleiben.)

SPD. Der Kampf aller gegen alle auf den Zuckermärkten, der in den europäischen Staaten durch überhöhte Inlandspreise finanziert wurde, führte zu einem Zusammenbruch des Zuckerpreises auf dem Weltmarkt. Gerade die europäischen Exportländer verschleuderten ihren Zucker nach dem Ausland, verteuerten die Preise aber mit Hilfe von Zöllen usw. im Inland so, dass sie im Durchschnitt einen Preis erzielten, der es gestattete, den Produktionsumfang aufrecht zu erhalten.

Als im letzten Jahr aber die Produktion um etwa 25 % stieg, drohten die Ausfuhrverluste den Gewinn aus den höheren Inlandspreisen zu verschlingen. Das stärkte die Neigung der europäischen Zuckerproduzenten, sich an einer hauptsächlich von Kuba erstrebten internationalen Vereinbarung über Ausfuhrbeschränkung usw. zu beteiligen. Eine Einigung konnte dann nach langem Hin und Her zwischen den europäischen Zuckerländern (Deutschland, Tschechoslowakei, Polen usw. und den Rohrzuckerproduzenten Kuba und Java erzielt werden. Die Regelung sieht eine Kontingentierung der Ausfuhr vor, weiter, dass die am Abkommen beteiligten Länder ihren Zuckerexport um 5 % erhöhen können, sobald die Weltmarktpreise 2 Cents je lb (1 englisches Pfund = 450 Gramm) erreichen. Mit der weiteren Erhöhung des Weltmarktpreises sollen die Ausfuhrmengen weiter steigen und sich bei einem Preis von 2,5 Cents pro lb um 10 % erhöhen. Das Abkommen gilt für 5 Jahre. Zucker notiert gegenwärtig mit 1,3 Cents. Eine Erhöhung der Exportquote ist fürs erste wohl recht unwahrscheinlich. Bedeutungsvoll ist jedoch, dass man angesichts der mehr oder minder misslungenen Stützungsversuche auf den Warenmärkten gelernt hat, Preisgrenzen festzusetzen; bei ihrer Ueberschreitung erfolgt eine Erhöhung des Angebots, wodurch eine ungesunde Preissteigerung vermieden wird. Das gewährleistet eine gewisse Preisstabilisierung und zwar auf einem niedrigen Niveau, das von den billiger produzierenden Rohrzuckererzeugern bestimmt wird. Man vermindert mit dem niedrigen Preis auch die Gefahr der Aussenseiter. Damit ist der Zuckermarkt aber noch lange nicht aus seinen Sorgen heraus. So wird z.B. die Ausdehnung der Zuckeranbaufläche in der Sowjetunion für 1931/32 auf 32 % veranschlagt. Russland wird die Mehrproduktion ohne Zweifel, schon in Rücksicht auf seine Devisennot, benutzen, um seinen Zuckerexport gewaltig zu steigern. Dazu kommt, dass viele europäischen Länder mit Hilfe protektionistischer Massnahmen ihren Zuckerrübenbau intensivieren, um sich von der Zuckereinfuhr unabhängig zu machen. Das gilt für England und Frankreich, aber auch für Österreich, dann für Skandinavien und die Balkanländer. Die Gefahr neuer Schwierigkeiten auf dem Zuckermarkt ist also keineswegs durch die Einigung der traditionellen Zuckerproduzenten beseitigt.

Fast zu derselben Zeit nahm die deutsche Zuckerwirtschaft eine Neuordnung vor. Es wurde ein Zwangskartell gegründet, die "Wirtschaftliche Vereinigung der deutschen Zuckerindustrie". Die Dinge lagen in Deutschland nun so, dass sich der katastrophale Sturz der Zuckerpreise auf den Weltmärkten - zeitweise betrug der Weltmarktpreis 1/3 des deutschen Preises - infolge des hohen deutschen Zuckerzolls nicht auf die deutschen Zuckerpreise auswirken konnte. Andererseits stieg die Erzeugung in Deutschland. Deshalb mussten immer grössere Teile der Produktion zu den weit niedrigeren Weltmarktpreisen nach dem Ausland verschleudert werden. Dadurch verminderten sich die Einnahmen der Land-

wirtschaft aus dem Rübenbau ständig. Anstatt aber, wie die Sozialdemokratie vorschlug und im Reichstag beantragte, den in Deutschland gesetzlich festgelegten Höchstpreis für Zucker zu senken, um den Inlandskonsum zu verbilligen und den Absatz von Zucker im Lande selbst zu vergrössern, wurde der Reichsernährungminister durch die Notverordnung vom 2.Dezember 1930 ermächtigt, die gesamte Zuckerindustrie zwangsweise zusammenzuschliessen und die Zuckerproduktion zu kontingentieren. An einer solchen Kontingentierung haben alle Zuckerproduzenten ein Interesse, die teuer produzieren. Das sind die schon seit Jahrzehnten in grösserem Umfang zuckerrübenbauenden Grossgrundbesitzer in Mitteldeutschland und Schlesien. Sie würden im freien Konkurrenzkampf gegenüber den bäuerlichen Wirtschaften in West- und Süddeutschland, die Zuckerrüben bauen, unterliegen; denn der bäuerliche Betrieb produziert die Zuckerrüben billiger. Schon aus dem Grunde, weil der Zuckerrübenbau einen hohen Aufwand an menschlicher Arbeitskraf erfordert, der im bäuerlichen Betrieb billiger zur Verfügung steht als im Grossbetrieb. So kommt es, dass der Zuckerrübenbau in Mitteldeutschland während der letzten Jahre bereits um 10 bis 20 % abgenommen hat, während er in den reinen Bauerngebieten ständig ausgedehnt werden konnte. Die Kontingentierung bedeutet also für die rübenbauenden Grundbesitzer eine Subvention. Für sie wurde in der Notverordnung ein Privileg geschaffen, das sich wohl am besten mit der Spritsubvention an die kartoffelbauenden Grossgrundbesitzer in Ostelbien vergleichen lässt.

Das Gesamtkontingent soll 41 Millionen Zentner betragen gegenüber 50 Millionen tatsächlicher Erzeugung im laufenden Betriebsjahr. Dieses Kontingent verteilt sich auf die Provinz Sachsen, den Freistaat Sachsen, Thüringen und Anhalt mit 13,7, auf die Provinz Schlesien mit 8,6, auf Braunschweig, Hannover, Westfalen und Hessen-Nassau mit 6,5, auf Norddeutschland mit 6,1, auf Süddeutschland mit 3,3, auf das Rheinland mit 2,2 und auf Ostpreussen mit 0,6 Millionen Zentnern. Ueberschreiten die einzelnen Fabriken das ihnen zugewiesene Verarbeitungsquantum, so müssen sie bezw. die Erzeuger für die Verwendung des Ueberschusses durch Export im Rahmen der Deutschland international zugebilligten Quote von 500 000 Tonnen für dieses Jahr bezw. durch Verfütterung, technische Verwendung, Einlagerung usw. sorgen. Zuckererzeugung ohne Grundkontingent belegt der Staat mit Strafe.

Im Rahmen der erwähnten internationalen Vereinbarung ist nun die deutsche Zuckerausfuhrquote für dieses Jahr auf 18 % der gesamten Zuckererzeugung und die Einlagerungsquote auf 25 % festgesetzt worden. 43 % der deutschen Zuckerernte werden also dem deutschen Verbrauch entzogen. Dafür gestattet man dem Verbraucher in Deutschland, auch weiterhin den überhöhten Zuckerpreis zu zahlen. Anstatt den Zuckerpreis um 3 Mark, was durchaus möglich wäre, zu senken und dadurch den Zuckerverbrauch zu steigern, wird ein Viertel der Produktion eingesperrt. Das ist eine Massnahme, damit der Inlandspreis nicht sinkt.

Dass es sich dabei um eine wirtschaftliche Torheit handelt, brauchen wir wohl nicht besonders zu sagen. Die Erfahrung mit dem Zuckerpreis in Deutschland hat ergeben, dass der Konsum sofort mit einer Preisermässigung steigen wird. Dass man derartige wirtschaftlich verfehlte Experimente in einer Zeit grösster Arbeitslosigkeit macht, ist eine Angelegenheit für sich, die die ganze unsoziale Seite dieser Regelung enthüllt.

SPD. Der Zementabsatz im Monat März wird mit 304 000 Tonnen angegeben gegenüber fast 580 000 Tonnen im März 1930.

SPD. Der Kampf zwischen Schiene und Auto, der in letzter Zeit durch den Schenkervertrag viel von sich reden gemacht hat, scheint jetzt zu einer neuen Konzentration im Autotransportgewerbe führen zu wollen. Zunächst ist die Errichtung der Autotransportkontor G.m.b.H. erfolgt, der sich sämtliche kleineren und mittleren Betriebe anschliessen sollen. Organisatorisch bildet damit die Autotransport G.m.b.H. eine Ergänzung zu der kürzlich gegründeten "Deukraft", in der neben den reinen Kraftwagenspeditionsfirmen deutsche Kraftverkehrsgesellschaften vertreten sind, soweit sie sich mit Autotransport befassen. So wird von zwei verschiedenen Seiten her die Konzentrationsbewegung im Autotransport gefördert, wobei anscheinend dem Autotransportkontor die Aufgabe der Bereinigung des Frachtenmarktes zufällt.

Dass eine solche Bereinigung unbedingt notwendig ist, braucht nicht besonders betont zu werden. Die Speditionsfrachten sind überhöht. Das ganze Gebiet ist verzettelt, die Zersplitterung hat zu der Ueberhöhung der Kosten geführt. Weil sich die Spediteure diesen Mängeln gegenüber willig passiv verhielten, wurde ja auch das Eingreifen des Staates durch den sogenannten Schenkervertrag eine Notwendigkeit. Darüber hinaus muss ja der Staat, der über die Eisenbahn verfügt, in die Autowirtschaft eingreifen, um eine tragbare Regelung für beide Teile zu erzielen. Einen Versuch dazu stellt der Schenkervertrag dar. Man mag die Sozialisierung des Verkehrs wünschen oder nicht, ohne daran vorbei zu kommen, dass die durch den Schenkervertrag erstrebte Vereinheitlichung und Verbilligung notwendig ist.

Mit der Gründung der Autotransport G.m.b.H. will man den Güterkraftverkehr "auf eine kaufmännisch gesunde Basis stellen, den unwirtschaftlichen Wettbewerb zu anderen Verkehrsmitteln unterbinden und nur dort mit den Schienenbahnen in Konkurrenz treten, wo der Kraftwagen auf Grund seiner technischen Eignung besser und mit niedrigeren Kosten zu arbeiten vermag". Damit wird jeder einverstanden sein. Das setzt aber auch voraus, dass die Frage der Vorbelastung geregelt wird, da die Reichsbahngesellschaft durch die Reparationszahlungen stark vorbelastet ist. Weiter wird sich das Publikum nicht damit begnügen können, dass die Autotransportkontor G.m.b.H. "einen für den gesamten Umfang ihres Betriebs verbindlichen Tarif ausarbeitet", wie sie verspricht. Man wird verlangen müssen, dass das Auto auch die Beförderungspflicht übernimmt und dass die Tarifgestaltung auch sonst der Eisenbahn angepasst wird. Damit wendet man sich nicht gegen das bessere Verkehrsmittel, sondern vermeidet nur den wirtschaftlich ungesunden Wettbewerb und leitet die Konkurrenz in Bahnen, von denen die gesamte Wirtschaft zuguterletzt Erfolge haben wird.

Vorerst denkt man sich die Autotransportkontor G.m.b.H. so, dass der Autokraftverkehr im rheinisch-westfälischen Industriegebiet organisiert wird. Zu diesem Zweck werden an allen grösseren Plätzen Zweigstellen des Kontors errichtet. Von dort her soll das ganze Reich erfasst werden.

In den Mitteilungen über die Gründung der Autotransportkontor G.m.b.H. finden wir einen merkwürdigen Satz, wonach die Autoindustrie verpflichtet werden soll, künftig die Lieferung von schweren Lastkraftwagen auf "wirtschaftlich leistungsfähige und beruflich geeignete Frachtführer" zu beschränken. Wir wissen, dass nicht nur die Autoindustrie, sondern auch das Gewerbe mit Lieferungen von schweren Lastkraftwagen schlechte Erfahrungen gemacht hat. Ist aber die angedeutete, an die alte Zunft erinnernde Regelung geeignet, hier Missstände zu unterbinden? Wer ist schliesslich wirtschaftlich leistungsfähig und wer ist beruflich geeignet? Wer entscheidet schliesslich darüber? Wir können uns denken, dass eine solche Zwangsbestimmung dazu führt, dass grossen Betrieben, Genossenschaften usw. das Recht, selbst zu transportieren, strittig gemacht wird. Eine solche Bestimmung wäre die alte Zunft, wie sie sich einmal fürchterlich auf die Wirtschaftsverhältnisse in Deutschland auswirkte. Sollen uns Erfahrungen mit Massnahmen, die nichts anderes sind als Auswüchse unserer Preiskartelle, nicht erspart bleiben?

Die fehlende Stützungsstelle.

(Berliner Getreidebörse vom 18. April)

SPD. Am Markte der Zeitgeschäfte der Berliner Produktenbörse lauteten die Roggennotierungen um etwa 1 bis 2 Mark höhere, während Weizen eher leicht zur Abschwächung neigte. Ganz ähnlich gestaltete sich auch die Lage beim Handel mit prompter Ware. Das zweithändige Angebot in Weizen war weiter reichlich, fand jedoch keine grössere Beachtung, zumal auch hinsichtlich der Qualität Bedenken bestanden. Nur für gute Ware, die zu unveränderten Preisen Aufnahme fand, zeigte sich Kaufinteresse. Roggen wurde seitens der schlechtversorgten Mühlen gesucht. Das Angebot blieb jedoch sehr klein; auch die zweite Hand, die an den Vortagen reichlicher operiert hatte, hielt sich wieder mehr zurück. Da zudem auch Angebot der Stützungsstelle, auf das man auf Grund von Gerüchten gerechnet hatte, ausgeblieben war, konnten sich die Preise wieder um etwa 1½ bis 2 Mark befestigen. Weizenmehl hatte sehr kleines Geschäft, obwohl die Forderungen der Mühlen teilweise um 25 Pfennig ermässigt waren. Roggenmehl, dessen Preise eher etwas höher gehalten wurden, fand dagegen guten Absatz. Hafer hatte kleines Angebot bei stetiger Tendenz.

	17.April	18.April
	(ab märkische Station in Mark)	
Weizen	288 - 290	288 - 290
Roggen	191 - 193	192 - 194
Braugerste	243 - 250	243 - 250
Futter- und Industriegerste	223 - 242	228 - 242
Hafer	180 - 184	181 - 185
Weizenmehl	34,75-40,50	34,75-40,50
Roggenmehl	27,60-29,75	27,60-29,75
Weizenkleie	13,00-13,25	13,00-13,25
Roggenkleie	13,40-13,70	13,50-13,80

Handelsrechtliche Lieferungsgeschäfte: Weizen Mai 303 1/4 plus Geld (Vortag: 303 3/4), Juli 298½ (298½), September 252½-252 3/4 (253). Roggen Mai 205½-206 (204½), Juli 200½ (198½), September 189½-189 3/4 (188 3/4), Hafer Mai 193 1/4-194½ (191½), Juli 200-200½ Geld (198½), September - (177½).

Buttermarkt.

SPD. Offizielle Feststellung der Berliner Butternotierungskommission vom 18.April: I. 125 Mark, II. 117 Mark, III. 103 Mark je Zentner. Tendenz: ruhig. (Preise unverändert).

SPD. Nach Berechnungen des Reichsverbandes der Automobilindustrie betrug der Stahlverbrauch des Kraftfahrzeugbaus in Deutschland 1930 insgesamt 121 648 t. Davon entfielen auf Personenkraftwagen 75 900 t, auf Lastkraftwagen 30 750 t, auf Omnibusse 7900 t und auf Krafträder 7098 t. Wenn man berücksichtigt, dass es sich dabei überwiegend um hochwertige Qualitätsstähle handelt, spielt dieser Verbrauch im Rahmen der Gesamterzeugung eine nicht unbeträchtliche Rolle. Zu den obigen Ziffern sind die schwer schätzbaren, aber recht erheblichen Mengen hinzuzurechnen, die für die Anlage von Garaten-, Triebstoffpumpen usw. verbraucht werden. An Messing, Kupfer und Bronze bezog der deutsche Kraftfahrzeugbau im vergangenen Jahr insgesamt 4283 t, an Leichtmetallen 3477 t.

Gewerkschaftliche Rundschau

Zerbrechende Illusionen.

SPD. "Was sind Hoffnungen,was sind Wünsche...." Mit diesem Stosseufzer aus der "Braut von Messina" können die Kommunisten und Nationalsozialisten nunmehr ihre Betriebsrätewahlillusionen einsargen. Die Herrschaften hatten grosse Rosinen im Kopf. Allein je länger je mehr schwimmen den nationalen und internationalen Phrasendreschern, die grosspurig einen Sturm auf die Betriebe angekündigt hatten,in den Betriebsrätewahlen die Felle davon. Vor Wochen noch standen ihre Chancen beträchtlich günstiger,weil damals noch der Nervenschock der Hitlerwahlen vom Herbst nachwirkte,von dem naturgemäss alle Radikalinskis profitieren mussten, und aus dem sich auch zum grössten Teil der "Sieg" der Kommunisten bei den Betriebsrätewahlen im Ruhrbergbau erklärt. Diese Betriebsrätewahlen fanden verhältnismässig früh statt und die Ruhrbergarbeiter waren noch nicht losgelöst aus der Panikatmosphäre,da gerade sie durch die fast wochenlang anhaltende Hochspannung des Lohnkonflikts und infolge des unheimlichen Anwachsens der Feierschichten besonders lange in Erregung gehalten wurden. Die Betriebsrätewahlen in der Metallindustrie,die zeitlich später einsetzten, zeigen bereits ein ganz anderes Bild, und die soeben vom Gesamtverband festgestellten Ergebnisse der Betriebsrätewahlen in den öffentlichen Betrieben und im Verkehr offenbaren jedem,der sehen kann,dass der Angriff der Kommunisten und Nationalsozialisten auf die Betriebsrätepposition der freien Gewerkschaften ein fruchtloses Beginnen ist. Wir geben im folgenden einige interessante und charakteristische Betriebsrätewahlergebnisse aus dem vorläufigen Bericht des Gesamtverbandes:

In Hannover sind in den öffentlichen Betrieben die Wahlen fast abgeschlossen. Das Resultat ist für die Gegner der freien Gewerkschaften kläglich. In sämtlichen Reichs- und Staatsbetrieben wurden nur freigewerkschaftliche Listen eingereicht, ebenso in 19 Gemeindebetrieben.In 6 weiteren Gemeindebetrieben wurden von den Christen,der RGO und den Nazis Gegenlisten aufgestellt. An Stimmen und Sitzen entfielen in diesen Betrieben auf die einzelnen Richtungen: Freie Gewerkschaften 1348 = 32 Sitze; Christen 143 = 3 Sitze; RGO 302 = 8 Sitze; Nazis 26 = 0 Sitze. Insgesamt wurden in den städtischen Betrieben 112 Betriebs- und Arbeiterratsmitglieder gewählt,die sich wie folgt verteilen: Freie Gewerkschaften 101, Christen 3, RGO 8.

Dabei ist zu beachten,dass die gewählten RGO-Leute in den früheren Jahren,als sie noch organisiert waren,bereits als Kommunisten auf den freigewerkschaftlichen Listen standen. Zuwachs hat die RGO mit ihren Sonderlisten nicht zu verzeichnen. Eins wurde allerdings durch die Sonderliste klargestellt nämlich der schwache Anhang der RGO. - In den Hannoverschen Privatbetrieben sind die Wahlen noch im vollem Gange,sodass ein Ueberblick noch nicht vorliegt.

In Königsberg stellte die Belegschaft von 70 öffentlichen und privaten Betrieben nur freigewerkschaftliche Listen. Aus den 4 grossen öffentlichen Betrieben (Königsberger Werke, Königsberger Fuhrgesellschaft, Nebenzeugamt und Heeresbekleidungsamt), wo gegnerische Listen eingereicht wurden,liegt folgendes Resultat vor: Freie Gewerkschaften 2115 Stimmen = 25 Arbeiterratssitze; Christen 451 = 6; RGO 851 = 7. Trotz grösster Bemühungen der RGO war es ihr nicht möglich,einen nennenswerten Einfluss zu gewinnen.

In Bremen hatten RGO, Nazis und Stahlhelmer bei den diesjährigen Wahlen

alle nur erdenklichen Gemeinheiten versucht, um die Mehrheit in den Betriebsvertretungen zu erlangen. Ihre Bemühungen waren vergeblich. Bei der Bremer-Lagerhausgesellschaft (Hafenbetriebe) wurde vom Gesamtverband der RGO gegenüber 1930 ein Sitz abgenommen. Der Arbeiterrat setzt sich für 1931 aus 7 Mitgliedern der freien Gewerkschaften und 4 RGO-Leuten zusammen. Bei der Strassenbahn, wo Stahlhelm und Nazis das Rennen gewinnen wollten, ergab sich folgendes Wahlresultat: Freie Gewerkschaften 915 Stimmen = 10 Sitze; Christen 110 = 1; Stahlhelmselbsthilfe 102 = 1; Nazis 55 = 0.

In Hamburg erhielten bei der Strassenbahn von 6204 Stimmen die freien Gewerkschaften 5755, die Nazis 200, die RGO 249. Bei der Hochbahn erhielt die freigewerkschaftliche Liste von 1791 Stimmen 1353, die Nazis 271, die RGO 167. Im Hamburger Hafen entfielen sämtliche 82 Sitze auf die freigewerkschaftliche Liste.

In München erhielten in 9 öffentlichen Betrieben die freien Gewerkschaften 43 Sitze, die RGO 4, die Christen 6, die Nazis 1. In 29 Privatbetrieben mit 2489 Beschäftigten, von denen insgesamt 136 Betriebsräte zu wählen waren, entfielen auf die freien Gewerkschaften 127 Sitze, auf die Christen 8, auf die RGO 1.

In Wuppertal-Barmen erhielt der Gesamtverband bei der Bergischen Kleinbahn, Mettmanner Bahn, El. Bahn Barmen-Elberfeld, Schwebebahn und bei den STädt. Betriebe-Wuppertal zusammen 2 280 Stimmen und 37 Sitze; die Christen erhielten 526 Stimmen und 7 Sitze. In 9 Privatbetrieben, in denen die Wahl bisher durchgeführt wurde, kamen nur freigewerkschaftliche Listen zur Aufstellung. RGO.- und Nazilisten sind in keinem Betrieb eingereicht worden.

In Remscheid waren die diesjährigen Betriebsratswahlen für den Gesamtverband ein voller Erfolg. Die freien Gewerkschaften erhielten bei dem Tiefbauamt, Gas- u. Wasserwerk, E-Werken, Krankenanstalten, Strassenbahn, Berg. Licht- und Kraftwerk und Konsumgenossenschaft 37 Sitze gegen 10 im Jahre 1929; die Opposition erhielt 0 Sitze gegen 16 im Jahre 1929; die Christen erhielten 7 gegen 11. Der Gewinn der freien Gewerkschaften gegenüber 1929 beträgt 27 Sitze und der Verlust der Opposition 16. Die Wahlen sind noch nicht vollständig abgeschlossen. Aber auch in den übrigen Betrieben ist die Stimmung für die Gegner nicht günstiger.

In Heidelberg liegen von 34 Betrieben die Wahlergebnisse vor. Von den insgesamt 1672 Beschäftigten waren 82 Betriebsratsmitglieder zu wählen, davon entfallen auf die Freien Gewerkschaften 81 Mandate, auf die RGO 1 Mandat. Bei der Strassenbahn wollten die Nazis 3-4 Sitze erobern, die aufgebrachte Stimmenzahl reichte jedoch gerade noch für 1 Ergänzungsmitglied im Arbeiterrat aus.

Die Wahlen zu den Hauptbetriebsräten im Reichswehrministerium, Reichsfinanzministerium und in den preussischen Ministerien sind abgeschlossen. Das Wahlergebnis zeigt erfreulicherweise, dass auch in diesem Jahr die Liste der freien Gewerkschaften die überwiegende Mehrheit der Stimmen auf sich vereinigen konnte. In 2 Hauptbetriebsräten im Bereiche des Preussischen Kultur- und des Preussischen Landwirtschaftsministeriums ist es sogar gelungen, dem Gewerkschaftsbund der Angestellten seine Mandate abzunehmen. Von den insgesamt 55 gewählten Hauptbetriebsratsmitgliedern gehören 36 den freien Gewerkschaften, davon 23 allein dem Gesamtverband an.

Der einzige Hauptbetriebsrat, in dem es dem Gesamtverband nicht gelungen ist, ein Mandat zu erringen, ist der im Preussischen Justizministerium. Grund: das verbandschädigende Treiben der RGO-Leute und die dadurch erfolgte Zersplitterung. Also das alte Lied: Ueberall, wo die RGO-Leute ihr Unwesen treiben, können sich auch all die sonstigen finsteren Gestalten vorwagen, und so war die Hauptbetriebsratswahl im Justizministerium die einzige, in der die Nazis sich offen mit einer Liste heraustrauten.

SPD. Die Landwirte können sich noch immer nicht von ihrer Vorliebe für die ausländischen Landarbeiter freimachen. So sind den landwirtschaftlichen Grossbetrieben in Württemberg vom Landesarbeitsamt nicht nur Mädchen aus der Rhön und Oberschlesien, sondern sage und schreibe 317 polnische Landarbeiter zur Beschäftigung zugewiesen worden.

Während also einheimische Arbeiter, von denen viele keine Arbeitslosenunterstützung erhalten, zum Feiern gezwungen sind, erhalten die Ausländer Beschäftigung und das, obwohl in Württemberg vom Deutschen Landarbeiterverband ganz besondere Anstrengungen gemacht wurden, um deutsche Arbeitskräfte wieder in Arbeit zu bringen. Der Verband hat unter den württembergischen Waldarbeitern seit dem letzten Herbst Propaganda gemacht, um die jüngeren Waldarbeiter zu bewegen, sich der Landwirtschaft als Sommerarbeiter zur Verfügung zu stellen. Diese Bemühungen waren nicht umsonst. Im Schwarzwald und im Mainhardtwald liegen über 150 Bereitwilligkeitserklärungen vor. Der Verband hat dem Landesarbeitsamt und den in Betracht kommenden Arbeitsämtern davon bereits vor einigen Monaten Mitteilung gemacht mit dem Ersuchen, um die Vermittlung dieser Arbeitskräfte bemüht zu sein. Vertreter des Verbandes sind sogar einige Male persönlich bei den zuständigen Stellen vorstellig geworden. Trotzdem warten die Waldarbeiter noch heute darauf, dass ihnen in der Landwirtschaft eine Arbeit zugewiesen wird.

So sind sie - unsere Patrioten. Wenn bei einem Neubau polnisches Holz verwandt wird, dann entrüsten sie sich und richten an die Architekten die Frage, ob sie von allen guten Geistern verlassen seien. Holz ist für sie wertvoller als Menschen.

Wie die Dinge heute in Württemberg liegen, hätten überhaupt keine ausländischen Landarbeiter zugelassen werden dürfen, denn es gibt neben der grossen Zahl arbeitsloser Land- und Waldarbeiter dort Hunderte von Arbeitslosen aus industriellen Berufen; auch Frauen und Mädchen, die zur Annahme von Beschäftigung in der Landwirtschaft bereit sind. Den Landwirten muss zur Pflicht gemacht werden, unter allen Umständen deutsche Arbeiter zu beschäftigen. Tun sie es nicht, dann muss die Zuweisung ausländischer Landarbeiter unterbleiben oder dort, wo sie bereits erfolgte, wieder rückgängig gemacht werden.

SPD. Die ersten Parteiverhandlungen über den Rahmentarif für den Ruhrbergbau finden am Mittwoch, den 23. April in Essen statt.

SPD. Im Deutschen Reich soll an allen Ecken und Enden gespart werden. Vor allem wird von der Verwaltung grösste Sparsamkeit gefordert. Unter diesen Umständen muss man mit grösstem Befremden feststellen, dass immer wieder das Reichsstatistische Amt nichts Besseres zu tun weiss, als die von der Reichsanstalt für Arbeitslosenversicherung bei der Fertigstellung der Arbeitsmarktberichte geleistete Arbeit noch einmal zu leisten. Wozu diese Doppelarbeit? Warum müssen immer wieder dieselben Dinge, die im Reichsarbeitsblatt erscheinen, noch einmal, verspätet und in etwas anderer Aufmachung, von Wirtschaft und Statistik breitgetreten werden? Diese zwecklose Doppelarbeit kostet doch nur Geld, das sehr gut gespart werden könnte. Man darf erwarten, dass hier endlich einmal Wandel geschaffen wird.

SPD. Auf der Suche nach Arbeit kommen viele Reichsdeutsche, die meistens ihr Glück in Jugoslawien oder auf dem Balkan vergeblich probiert haben, auch nach Osterreich. Da dort der Arbeitsmarkt ebenfalls ausserordentlich belastet ist,wird vor einer planlosen Arbeitssuche in Oesterreich und seinen Nachbarstaaten dringend gewarnt.

SPD. Der Bundesvorstand des Allgemeinen Deutschen Gewerkschaftsbundes beschloss,für den 8. und 9. Juni einen Bauarbeiterschutz=Kongress nach Berlin einzuberufen. Der letzte Kongress dieser Art fand 1913 in Leipzig statt.Seitdem hat sich auf dem Gebiet des Bauarbeiterschutzes infolge der technischen Entwicklung und des Vormarsches der Gewerkschaften viel geändert. Aus dieser Wandlung müssen nunmehr auch für die Verbesserung des Bauarbeiterschutzes die entsprechenden Konsequenzen gezogen werden.

SPD. Auch in Oesterreich droht eine Kürzung der Beamtengehälter. Die Regierung hat Pressemeldungen,wonach die Bundesangestelltenbezüge durch die Sparaktion nicht berührt würden, dementiert. Zur Abwehr der Gehaltskürzungspläne haben sich alle Organisationen der öffentlichen Angestellten des Bundes, der Länder und der Gemeinden zu einer gemeinsamen Aktion zusammengetan.

SPD. Der Lohnstreit in der Reichswasserstrassenverwaltung ist auf ein totes Geleise geraten. In den Schlichtungsverhandlungen haben die beiden Arbeitnehmerbeisitzer ihr Amt niedergelegt. Den Vorsitz bei den Verhandlungen führte der Schlichter Dr. Jötten-Köln.

SPD. In Frankreich haben die Textilarbeiter= Gewerkschaften von Roubaix=Tourcoing bei ihren Verhandlungen mit den Arbeitgebern,die vom 20.April ab die Löhne um 10 Prozent senken wollen,bereits einen gewissen Erfolg errungen. Angesichts der energischen Weigerung der Arbeiter,die geforderte Lohnsenkung hinzunehmen,hat der Arbeitgeber=Verband beschlossen,die Lohnkürzung bis auf den 11. Mai zu vertagen. Inzwischen sollen neue Verhandlungen zwischen den beiden Parteien stattfinden.

SPD. Der Tarif für das deutsche Lithographie= und Steindruckgewerbe ist von den Arbeitgebern gekündigt worden. Die Tarifverhandlungen beginnen am 4. Mai. Die Arbeitgeber haben sich bei der Zusammenstellung ihrer Abbauanträge fürchterlich übernommen. Sie verlangen Lohnkürzung um 15 %, Kürzung der Ferien Abbau der Bezahlung für Feiertagsarbeit und Ueberstunden - kurz: sie kommen mit einem ganzen Strauss von Dornen und Disteln. Die Gehilfenschaft verlangt Einführung der 40=stündigen Arbeitswoche verbunden mit einem Ausgleich des Lohns als Hilfe für die Arbeitslose, Neuregelung des Lehrlingswesens,positive Bestimmung über die Bezahlung der Feiertage und Anerkennung der Ferienbezahlung als Bestandteil des Lohnes.